

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

50. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 2 · 26. Februar 2019

Kriminalität

Die Kriminalität in Nordrhein-Westfalen ist weiter rückläufig und auf dem niedrigsten Stand seit rund 30 Jahren. Die aktuelle Statistik der Behörden stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. S. 4

Klima-Demos

Seit Wochen demonstrieren Schülerinnen und Schüler an den „Fridays for Future“ für mehr Klimaschutz. Was dies für die Schulpflicht bedeutet – darüber debattierte der Landtag. S. 5

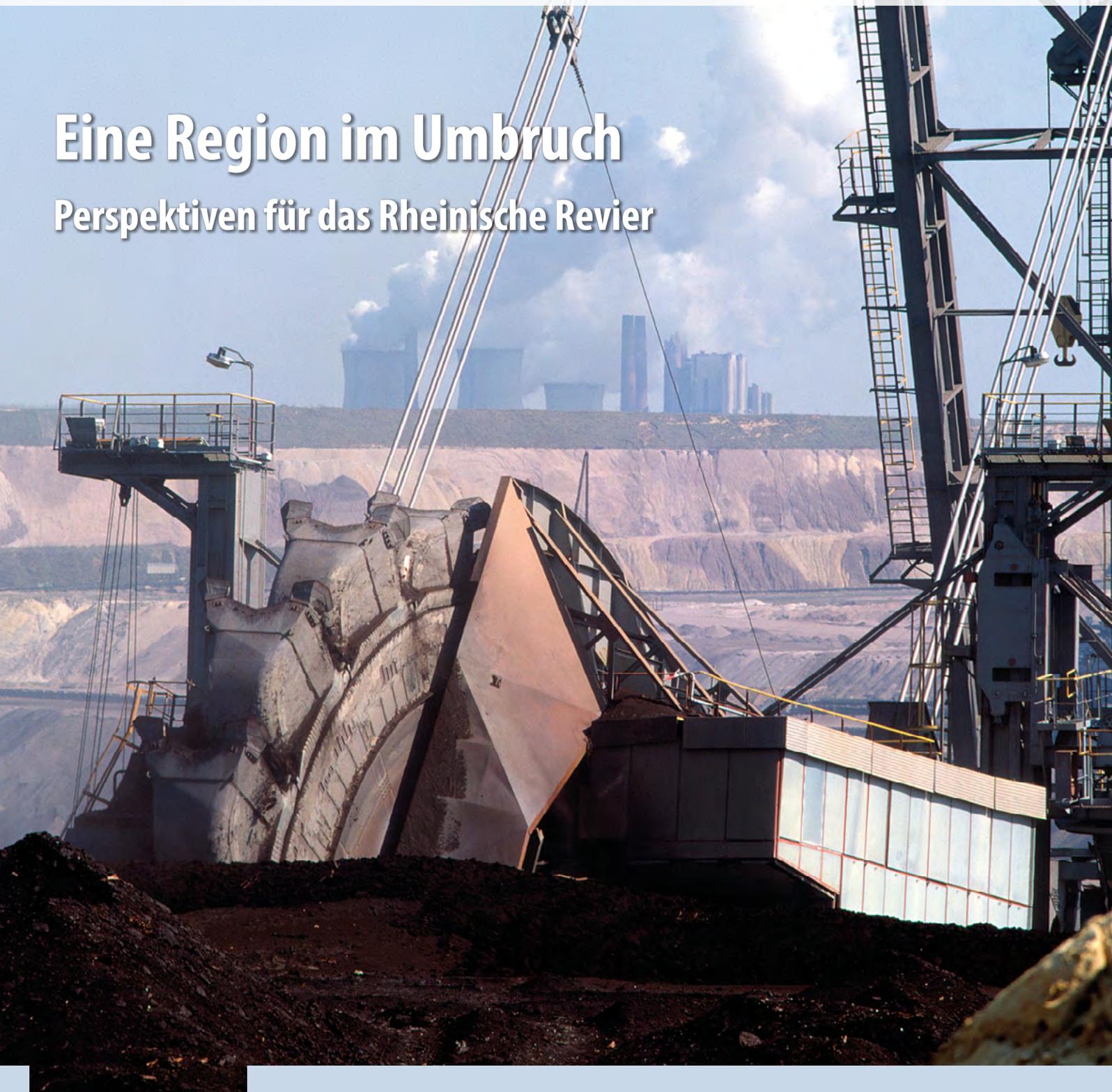
Europawahl

Ende Mai wählen die Bürgerinnen und Bürger der EU ein neues Parlament. Zur Europawahl startet Landtag Intern eine neue Serie. Erster Teil: der „Pulse of Europe“-Mitbegründer im Interview. S. 12-13

Parlamentsgespräch

Der zunehmende Antisemitismus in Deutschland stand im Mittelpunkt des mittlerweile vierten Parlamentsgesprächs. Expertinnen und Experten diskutierten auf Einladung des Landtagspräsidenten. S. 17

Eine Region im Umbruch Perspektiven für das Rheinische Revier



INHALT



Foto: RWE Power AG

Strukturwandel im Rheinischen Revier

Was kommt nach der Braunkohle?	S. 8
Standpunkte	S. 10

Aus dem Plenum

Zukunft des Rheinischen

Reviere S. 3

Streit um die Statistik S. 4

Demo statt Unterricht S. 5

Meldungen S. 6

Forum

Serie Europawahl: Interview
zu „Pulse of Europe“ S. 12

Aus den Fraktionen S. 14

Gesetzgebung S. 16

Forum

Parlamentsgespräch
zum Antisemitismus S. 17

Aus den Ausschüssen

Meldungen S. 18

Im Porträt

Josef Hovenjürgen (CDU) S. 19

Kurz notiert S. 20

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2388 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 22. Februar 2019, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus der Rubrik „Aus den Fraktionen“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Titelbild: RWE Power AG

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Zukunft des Rheinischen Reviers

Landtag streitet über Folgen des geplanten Kohleausstiegs

20. Februar 2019 – Was kommt, wenn die (Braun-)Kohle geht? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer hitzigen Debatte des Landtags. Zuvor hatte Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) in einer Unterrichtung des Landtags die Haltung der Landesregierung zum geplanten Ausstieg aus der Kohleverstromung und den damit verbundenen Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier erläutert.

Nach Willen der von der Bundesregierung eingesetzten Kohlekommission soll Deutschland spätestens bis 2038 die Kohleverstromung beenden.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) wies darauf hin, dass der Bund zunächst über die Finanzierung einer neuen Energiepolitik entscheiden müsse. Für den damit einhergehenden Strukturwandel im Rheinischen Revier sei in Nordrhein-Westfalen anschließend eine neue Leitentscheidung zu treffen, die langfristig verbindlich sein müsse. Der Energiekonzern RWE habe am Vortag bestätigt, die Rodung des Hambacher Forstes bis Herbst 2020 auszusetzen. Für die direkt an den Tagebau Garzweiler angrenzenden Orte seien „soziale und wirtschaftliche Härten“ zu vermeiden, sagte Laschet. Es gelte der Satz: „Niemand fällt ins Bergfreie.“

„Zur Chefsache machen“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Thomas Kutschatj** kritisierte, Laschet habe kaum Neuigkeiten vorgetragen. „Eine solche Respektlosigkeit hat dieses Parlament selten so zu erfahren bekommen.“ Die Menschen wollten endlich wissen, wie genau die Landesregierung den Strukturwandel gestalten wolle. Der Verweis auf Zuständigkeiten des Bundes in Fragen der Energiepolitik sei „billig und einfach“, sagte Kutschatj. Laschet spiele den Ball nach Berlin in der Erwartung, dass dort mit RWE verhandelt werde, statt die Gestaltung des Strukturwandels zur Chefsache zu machen. Das sei „eine Selbstverzweigung ohnegleichen“.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Bodo Löttgen** hielt seinem Vorredner entgegen, Laschet habe einen klaren „Kompass für den Strukturwandel“ im Revier vorgelegt. „Er hat Auskunft zu Planungen der Landesregierung gegeben und erklärt, wie diese umgesetzt werden können.“ Den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, sagte Löttgen, sei eine „Gemeinschaftsaufgabe“, bei der Versöhnung statt Spaltung gefragt sei. Die Landesregierung habe u. a. 123 Sofortmaßnahmen vorgelegt, aus denen wichtige Impulse für die Region ersichtlich würden – zur Förderung der Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge sowie von Wissenschaft und Innovation.

Die Äußerungen des Ministerpräsidenten wertete **Monika Düker**, Fraktionsvorsitzende der Grünen, als „Politikverweigerung“: „Sie sind nicht dafür gewählt worden, alles nach Berlin zu delegieren und RWE das Feld zu überlassen.“ Sie forderte Laschet zu einer Kehrtwende in der Energiepolitik auf, beispielsweise die

Windenergie zu „entfesseln“. Die Landesregierung solle aktiv daran mitarbeiten, bis zum Jahr 2022 3.000 Megawatt Leistung von Kohlekraftwerken aus dem Markt zu nehmen. Sie solle auch Klarheit für die Menschen in den Umsiedlungsgebieten schaffen und einen klaren Bestandschutz für den Hambacher Wald aussprechen.

FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** sprach von „gewaltigen Aufgaben, aber auch einer Riesenchance für die Region“. Kein einziges Industrieland setze sich so hohe Klimaziele und steige gleichzeitig aus der Kohleförderung und der Atomkraft aus. Der Ausstieg müsse finanziert werden. Es gelte, das Geld für Innovationen und Infrastruktur zu verwenden: „Da entsteht ein richtiges Zukunftsbudget.“ Rasche warnte: Selbst wenn es bis 2030 gelinge, 65 Prozent der Energie aus erneuerbaren Ressourcen zu erzeugen, bleibe die Frage, woher die restlichen 35 Prozent der Energie kommen sollen.

„Sie wollen den nächsten Strukturwandel erzwingen, nachdem der erste größtenteils gescheitert ist“, warf **Christian Loose** (AfD) der Landesregierung vor. Sie verrate und verkaufe den innovativen Fortschritt des Landes, denn der gehe mit der Stilllegung moderner Kraftwerke verloren – „alles für ihre Klimaziele“, verwies der Abgeordnete auf Kanzlerin Merkel. „Wind und Solar können kein einziges Grundlast-Kraftwerk ersetzen“, gab er zu bedenken. Zudem bringe der deutsche Kohleausstieg keinen Effekt: China und Indien könnten im Gegenzug Kraftwerkskapazitäten ausbauen und mehr CO₂ ausstoßen – sanktionslos. *tob, sow*

Die Unterrichtung des Ministerpräsidenten trug den Titel „Klima schützen, Wohlstand und Beschäftigung sichern – Mit der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie stärken wir das Industrieland Nordrhein-Westfalen“. Der anschließenden Debatte lagen ein Antrag der Grünen-Fraktion ([17/5050](#)) sowie ein Entschließungsantrag von CDU und FDP ([17/5179](#)), ein Antrag der SPD-Fraktion ([17/5059](#)) und ein Entschließungsantrag von CDU und FDP ([17/5180](#)) sowie ein Antrag der AfD-Fraktion ([17/5075](#)) zugrunde.

Lesen Sie mehr zum Thema auf den Seiten 8 bis 11.

Foto: RWE Power AG



Streit um die Statistik

Aktuelle Stunde zur Kriminalitätsentwicklung 2018

21. Februar 2019 – Die Kriminalität an Rhein, Ruhr und Lippe ist laut der aktuellen Statistik weiter zurückgegangen und liegt auf dem niedrigsten Stand seit rund 30 Jahren. Bei einigen Delikten sind aber Steigerungen zu verzeichnen. In einer Aktuellen Stunde debattierten die Abgeordneten kontrovers über Licht und Schatten.

Der Aktuellen Stunde lag ein Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP mit dem Titel „Kriminalität in Nordrhein-Westfalen: Trotz Rekordtiefs bei den Straftaten bleibt noch viel zu tun“ (17/5163) zugrunde.

„Wir sind angetreten, um Nordrhein-Westfalen sicherer zu machen“, erklärte **Gregor Golland** (CDU). Die aktuelle Statistik bewertete er als „Spiegelbild der sicherheitspolitischen Wende in diesem Land“. Er dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden für ihre Arbeit. Die Landesregierung stelle so viele Polizeibeamte ein wie noch nie und investiere in Ausrüstung und Informationstechnik. „Wir verschleiern nichts, wir beschönigen nichts, wir sagen, was ist und was noch getan werden muss“, erklärte der Abgeordnete und verwies u. a. auf das Problem der Clans, auf Cyberkriminalität und Sexualdelikte.

Kaum etwas schränke die individuelle Freiheit so sehr ein wie Angst, sagte **Christian Mangen** (FDP). Im Jahr 2018 habe es 13.000 Wohnungseinbrüche weniger gegeben als im Vorjahr und „damit wohl auch 13.000 Haushalte weniger, die Angst hatten“. Insgesamt sei die Zahl der Straftaten laut Statistik um 91.000 gesunken, die Aufklärungsrate hingegen gestiegen, betonte Mangen. Das bedeute, dass es sich nicht lohne, in NRW Straftaten zu begehen, wohl aber, sich

als Zeuge oder Opfer bei der Polizei zu melden. Die gestiegene Zahl der Sexualdelikte im Jahr 2018 könne auf eine erhöhte Anzeigebereitschaft der Opfer hindeuten.

Hartmut Ganzke (SPD) dankte allen Beschäftigten bei der Polizei – sie machten einen „tollen Job“. Die von der Landesregierung vorgelegte Statistik sei allerdings „wenig aussagekräftig“, da sie nur „pure Zahlen“ liefere, ohne Verläufe darzustellen. Sinnvoller sei, wenn das Parlament neue Konzepte diskutierte, um Kriminalität etwa im Bereich von Geldwäsche und Steuerhinterziehung anzugehen. Ganzke bemängelte zudem, dass das Innenministerium dem Innenausschuss des Landtags die aktuelle Polizeistatistik trotz mehrfacher Nachfragen nicht vorgelegt habe. Dieser Umgang mit dem Parlament sei „unterirdisch“.

„Hohe Dunkelziffer“

Verena Schäffer (Grüne) bewertete die Polizeistatistik als „erfreulich“. Erfolge der Kriminalitätsbekämpfung seien aber auf Maßnahmen der rot-grünen Vorgängerregierung zurückzuführen. Die vorgelegte Statistik wiederum weise „deutliche Schwächen“ auf, da sie nur Straftaten aufführe, die zur Anzeige gebracht worden seien. Bei vielen Delikten – etwa Sexualstraftaten –

gebe es eine hohe Dunkelziffer. Nötig seien daher u. a. Dunkelfeldstudien, Sicherheitsberichte und zudem eine Verlaufsstatistik, die Auskunft über Strafverfahren und Verurteilungen gebe. „Wenn man Kriminalität bekämpfen will, muss man das im Blick haben.“

Die gestiegene Aufklärungsquote sei ein „kleiner Erfolg“, sagte AfD-Fraktionschef **Markus Wagner**. Er warnte aber davor, der Quote zu viel Bedeutung beizumessen. Sie gebe keinen Aufschluss über die tatsächliche Sicherheitslage. „Aufgeklärt“ bedeute nicht „gerichtsfest aufgeklärt“. Tatsächlich würden viele Verfahren wegen nicht ausreichender Beweise eingestellt. Wagner wies auf einen „signifikant hohen Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger“ hin. Er dankte der Polizei für eine „hervorragende Arbeit“. Ein Teil des Kriminalitätsrückgangs sei den Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken, die u. a. mehr Sicherheitstechnik installierten.

„Die Lage hat sich verbessert“, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Er habe jedoch nie den Anspruch erhoben, dass dies nur ein Verdienst der neuen Regierung sei. Zusätzliche Einstellungen sowie eine bessere Ausstattung der Polizei hätten aber dazu beigetragen. Dennoch gebe es „Riesen-Baustellen“. Als Beispiel nannte der Minister die Sexualdelikte. Besonders fassungslos mache ihn der Missbrauch von Kindern. Bei Ermittlungen zur Kinderpornografie seien die Datenmengen ein Problem. Man müsse darüber nachdenken, auch Möglichkeiten der technologischen Auswertung zuzulassen, um den Beamtinnen und Beamten die Arbeit zu erleichtern.

sow, tob, zab



Fotos: Schälte

Gregor Golland (CDU)

Christian Mangen (FDP)

Hartmut Ganzke (SPD)

Verena Schäffer (Grüne)

Markus Wagner (AfD)

Innenminister
Herbert Reul (CDU)



„Friday-for-Future“-
Demo in Düsseldorf
Foto: Schälte

PLENUM

Demo statt Unterricht

Debatte zu Schülerprotesten für mehr Klimaschutz

20. Februar 2019 – Seit Wochen demonstrieren Schülerinnen und Schüler auch in Nordrhein-Westfalen unter dem Motto „Friday for Future“ für mehr Klimaschutz. Den Unterricht lassen sie dafür ausfallen. Nun hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit den Freitags-Protesten der jungen Leute befasst.

Die AfD-Fraktion hatte die Debatte beantragt („Friday for Future“ – Schulpflicht plötzlich ausgesetzt?“, [17/5164](#)). Die Rechtslage sei eindeutig, hieß es in dem Antrag: „Das Demonstrationsrecht entbindet nicht von der Schulpflicht.“ Der Landesregierung warf die Fraktion vor, nicht entschieden genug gegen die „Verletzung der Schulpflicht“ vorzugehen. „Kalkulierte Regelverstöße“ dürften „aus Angst vor der medialen Aufmerksamkeit der Protestbewegung nicht einfach hingegenommen werden“.

Den Schülerinnen und Schülern werde suggeriert, „sie trügen etwas zur Weltrettung bei, wenn sie vorzeitig den Unterricht verlassen“, sagte [Helmut Seifen](#) (AfD). Tatsächlich aber würden sie von „politischen Strippenziehern“ instrumentalisiert und vor deren Karren gespannt. Es gehe um „Panikmache“ und eine „primitive Form des Angstschürens“. Bei der Aktion „Friday for Future“ würden von „interessierter Seite“ einseitig die Interessen von Firmen vertreten, die mit erneuerbarer Energie „ganz viel Geld verdienen“. Man bediene sich der Jugendlichen, um durch spektakuläre Aktionen Aufmerksamkeit zu erlangen.

„Die CDU begrüßt ausdrücklich das politische Engagement zur Gestaltung unserer Gesellschaft, insbesondere das junger Menschen zur Gestaltung ihrer Zukunft“, sagte [Petra Vogt](#) (CDU). Man habe großes Verständnis für Schü-

lerinnen und Schüler, „die sich im Rahmen einer globalen Bewegung für den Klimaschutz engagieren“. Befremdlich sei jedoch, dass die Demonstrationen während der Schulzeit stattfänden. Vogt verwies auf das NRW-Schulgesetz und die Verpflichtung, regelmäßig am Unterricht teilzunehmen. Darauf habe auch die Landesregierung hingewiesen. Die Demonstrationen seien problemlos in der unterrichtsfreien Zeit möglich.

„Ein Bildungserfolg“

[Eva-Maria Voigt-Küppers](#) (SPD) gratulierte den Schülerinnen und Schülern dazu, „dass sie es mit ihren Demonstrationen geschafft haben, heute Gegenstand unserer Diskussion zu sein“. Wichtig sei, mit ihnen über ihr Anliegen zu sprechen. Wenn junge Leute auf die Straße gingen, sei das „nicht der Untergang des Abendlandes“. Voigt-Küppers sagte: „Ja, hier wird Schule geschwänzt.“ Die Jugendlichen machten das bewusst, „weil es im Moment für sie viel wichtiger ist, sich für etwas anderes einzusetzen“. Die Konsequenzen nähmen sie in Kauf. Dies sei „kein Niedergang des Bildungssystems, sondern ein Bildungserfolg“.

[Franziska Müller-Rech](#) (FDP) sagte, sie begrüße es, wenn junge Menschen sich engagierten. Allerdings könne sie es nicht gutheißen, wenn

die Demonstrationen jeden Freitag während der Unterrichtszeit stattfänden. Das „großartige Engagement“ der Schülerinnen und Schüler lasse sich mit der Schulpflicht vereinbaren. Die Proteste würden nicht weniger Aufmerksamkeit erhalten oder wären nicht weniger effektiv, wenn sie freitagnachmittags oder an Sonntagen stattfänden. Müller-Rech appellierte zugleich an die Schülerinnen und Schüler, in Parteien einzutreten und diese „von innen aufzumischen“. Sie betonte: „Wir brauchen euch.“

[Sigrid Beer](#) (Grüne) kritisierte, dass die Schülerinnen und Schüler für ihr Engagement persönlich verunglimpft würden, beispielsweise die 16-jährige schwedische Umweltaktivistin Greta Thunberg, Vorreiterin der Demonstrationen. Die Jugendlichen nähmen ihre Verantwortung wahr und demonstrierten für ihre Zukunft. Sie setzten sich dafür ein, dass ihre Heimat lebenswert bleibe. Die nordrhein-westfälische Schulministerin habe sich allerdings gezwungen gesehen, eine Schul-Mail zu versenden mit dem Hinweis auf mögliche Sanktionen bei Nichteinhalten der Schulpflicht. Dies sei unverhältnismäßig.

[Schulministerin Yvonne Gebauer](#) (FDP) wies die Kritik zurück. Sie habe nicht, wie von der SPD an anderer Stelle behauptet, die Demonstrationen der Schülerinnen und Schüler verurteilt. Dies sei „eine blanke Unterstellung“, die sie so nicht stehen lassen könne. Sie habe auch nicht gedroht, sondern in ihrer Schul-Mail aufgezeigt, welche Sanktionsmöglichkeiten es gebe. Zivilgesellschaftliches Engagement sei ein hoher Wert, der in den Schulen gefördert werde. Aber für alle gelte die Schulpflicht. Und diese stehe nicht im Ermessen der Beteiligten. Zudem seien Schulen und Schulaufsichtsbehörden verpflichtet, politisch neutral zu bleiben. *zab, wib*



Kita-Finanzierung

20.2.2019 – Der Landtag hat mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD das „Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz“ ([17/3773](#)) beschlossen. Es soll bis zu einer Neustrukturierung der Finanzierung vom Kindergartenjahr 2020/2021 an für das Jahr 2019/2020 eine Übergangsförderung sicherstellen. Hintergrund ist demnach, dass die finanziellen Unterstützungen des Landes durch das sogenannte Kita-Träger-Rettungsprogramm 2019 enden. Ziel sei ein „nahtloser Anschluss an die bisherigen Stabilisierungsmaßnahmen“. Für den Landeshaushalt werden für 2019 und 2020 insgesamt rund 391 Millionen Euro veranschlagt. Die SPD-Fraktion stimmte gegen das Gesetz, die Grünen enthielten sich.

Video in Schlachthöfen

20.2.2019 – Die Fraktionen von CDU und FDP setzen sich für eine Videoüberwachung in Schlachthöfen ein. Der Landtag solle eine entsprechende Initiative der Landesregierung auf Bundesebene unterstützen. Zudem solle die Landesregierung dem zuständigen Fachausschuss jährlich über Verstöße gegen den Tierschutz in Schlachthöfen berichten, heißt es in dem Antrag („Rechtsgrundlage für Videoüberwachung in Schlachthöfen schaffen“, [17/5065](#)). „Transparenz in allen Teilen der Veredlungskette ist für eine gesellschaftliche und politische Akzeptanz der Nutztierhaltung von großer Bedeutung“, so die Fraktionen. „Einzelnere Ereignisse“ in der Vergangenheit hätten gezeigt, „dass in den besonders tierschutzrelevanten Bereichen von Schlachthöfen Verbesserungspotenzial besteht“. Ein kameragestütztes Überwachungssystem sei ein „geeignetes Instrument, um Tierschutzverstöße zu dokumentieren und konsequent verfolgen zu können“. Dabei solle die Überwachung auf „besonders sensible Bereiche wie die Anlieferung oder die Betäubung der Tiere begrenzt werden“. Gleichzeitig müssten die Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten

und anderer Personen, die Zugang zu Schlachthöfen haben, gewahrt bleiben. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen angenommen. Die SPD war dagegen, die AfD enthielt sich.

Tankschiffe

20.2.2019 – Die Grünen-Fraktion fordert Maßnahmen im Kampf gegen die illegale Entgasung von Tankschiffen. Ein entsprechender Antrag ([17/5052](#)) wurde an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (federführend) überwiesen. Schiffe, die beispielsweise Kraftstoffe oder Rohbenzin befördern, müssen nach Angaben der Fraktion regelmäßig entlüftet werden. Die Gase seien reich an Kohlenwasserstoffen und Benzol, die u. a. krebserregend wirken könnten. Daher sei das Ablassen in die Umgebungsluft verboten. Da es aber hierzulande keine Möglichkeiten zur sachgerechten Entgasung in entsprechenden Anlagen gebe, ließen viele Tanker die Gase während der Fahrt ab. Dies belastete insbesondere die Bevölkerung am Niederrhein stark. Die Grünen sprechen sich daher u. a. für die Errichtung von Abgasauffang- und Reinigungsanlagen in den Hafengebieten des Landes aus.

Präventionsambulanz

20.2.2019 – Die AfD-Fraktion fordert die Einrichtung einer flächendeckenden psychiatrischen Präventionsambulanz für psychisch kranke Menschen mit Gewaltneigung. Der Landtag hat den entsprechenden Antrag („Mehr Sicherheit für Nordrhein-Westfalen – Wir benötigen eine psychiatrische Präventionsambulanz für psychisch Kranke mit Risiko prozess“, [17/5074](#)) zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen. Es komme immer wieder zu Straftaten durch psychisch erkrankte Täter, so die AfD-Fraktion: „Zumindest einige solcher Taten könnten jedoch verhindert werden, wenn den späteren Tätern vorher geholfen worden wäre.“ Zwar könnten Ordnungsbehörden

psychisch Kranke bei Vorliegen einer akuten Fremdgefährdung zwangsweise einweisen lassen. Allerdings seien diese Unterbringungen zeitlich begrenzt. Im Mittelpunkt stehe dort die Gefahrenabwehr, nicht die Therapie. Die Fraktion empfiehlt, einen Modellversuch aus dem mittelfränkischen Ansbach auch in Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Dort könnten psychisch Kranke einer „Therapie“ zugeführt werden, die bislang nur nach Straftaten möglich ist“. Die Behandlung sei freiwillig.

Stabsstelle für Tierschutz

20.2.2019 – Auf Antrag der Grünen hat der Landtag über die Forderung nach einem Landesbeauftragten für Tierschutz beraten ([17/5053](#)). Sie oder er soll nach Vorstellung der Fraktion weisungsfrei und unabhängig agieren, direkt der Umweltministerin untergeordnet sein und sicherstellen, dass die tierschutzrechtlichen Bestimmungen in NRW eingehalten werden. Ebenso solle die Person in dieser Funktion Rechts- und Verwaltungsvorschriften erarbeiten, die Ministerin beraten und eigene Initiativen einbringen können. Als weitere Aufgaben seien alle zwei Jahre ein Tierschutzbericht zu erstellen und die Zusammenarbeit mit Tierschutzverbänden, Landwirten, Schlachthöfen, Kommunen und Betrieben zu organisieren. Nachdem die Landesregierung anerkannten Tierschutzverbänden das Klagerecht entzogen und die Stabsstelle Umweltkriminalität abgeschafft habe, gelte es, „die entstandene Lücke im Tierschutz wieder zu schließen“, heißt es im Antrag. Tierschutz sei als Staatsziel in Grundgesetz und Landesverfassung verankert. Der Landtag hat den Antrag zur Fachberatung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

ÖPNV und Kommunen

20.2.2019 – Das Land soll die Kommunen beim Erhalt ihrer Stadt- und Straßenbahnsysteme unterstützen. Dies fordern die Fraktionen von



CDU und FDP in einem entsprechenden Antrag ([17/5069](#)). Das Plenum hat ihn zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss (federführend) überwiesen. Insbesondere die Netze im Ruhrgebiet seien in die Jahre gekommen, schreiben die Fraktionen. Kommunen und Verkehrsbetriebe stünden in den nächsten 10 bis 15 Jahren vor „gewaltigen Herausforderungen“. Die Kommunen seien in den vergangenen zwei Jahrzehnten jedoch nicht in der Lage gewesen, ausreichende Rücklagen für den Erhalt dieser Infrastruktur zu bilden. Die Landesregierung solle u. a. Vorschläge erarbeiten, um sie „bei der nachholenden Sanierung der leichten Schiene finanziell zu unterstützen“. Dabei sollen auch die Chancen der Digitalisierung berücksichtigt werden. Die Fraktionen halten zudem eine grundlegende Änderung des Gemeindeverkehrs-Finanzierungs-Gesetzes (GVFG) für erforderlich.

Grundrente

21.2.2019 – Keine Mehrheit fand ein Antrag der SPD-Fraktion zur sogenannten Grundrente („Die Grundrente muss kommen – gerechte Renten für alle, die hart gearbeitet haben – Lebensleistung honorieren und Altersarmut bekämpfen!“; [17/5060](#)). Er wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Die Grünen enthielten sich. Die SPD-Fraktion hatte die Landesregierung aufgefordert, „sich mit all ihren Möglichkeiten auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein entsprechender Gesetzentwurf zur Einführung der Grundrente bis zur Sommerpause vorgelegt wird und das Gesetz spätestens zum 1. Januar 2021 in Kraft treten kann“. Eine Solidargesellschaft müsse auch sicherstellen, „dass Arbeit sich lohnt und Menschen nach einem langen Arbeitsleben im Alter ein Auskommen haben, das ihre Lebensleistung respektiert“. Die Fraktion bezog sich in ihrem Antrag auf Vorstellungen von Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD): „Demnach wird die Rente künftig um einen Zuschlag erhöht, wenn die Versicherten mindestens 35 Jahre ‚Grundrentenzeiten‘ vorwei-

sen können.“ Nach Vorstellungen Heils solle die Rente monatlich um maximal 447 Euro erhöht werden.

Landesjagdgesetz

21.2.2019 – Der Landtag hat eine Änderung des Landesjagdgesetzes beschlossen. Für den Gesetzentwurf der Landesregierung („Drittes Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften“, [17/3569](#)) und der vom Fachausschuss vorgenommenen Änderungen ([17/4858](#)) stimmten die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. SPD und Grüne stimmten dagegen. Ziel des Gesetzes sei es, das Jagdrecht „nachhaltig und modern weiterzuentwickeln“, so die Landesregierung: „Praxisferne Einzelbestimmungen sollen aufgehoben, Bürokratie reduziert und Jagdscheininhaberinnen und Jagdscheininhaber finanziell entlastet werden.“ So werde u. a. die Genehmigungspflicht bei Hegemaßnahmen abgeschafft. Jägerinnen und Jäger entschieden damit „wieder eigenverantwortlich, ob der Lebensraum für eine Besatz- oder Bestandsstützung oder ob der Fuchsbau für eine Baujagd geeignet ist“. Bei Jagdbeschränkungen in Schutzgebieten werde das Einvernehmen der Jagdverwaltung eingeführt.

Arbeitszeitgesetz

22.2.2019 – Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über das Arbeitszeitgesetz debattiert. Anlass war ein Antrag der SPD-Fraktion („Hände weg vom Arbeitszeitgesetz! – Die schwarz-gelbe Landesregierung darf das Arbeitszeitgesetz nicht aufweichen“, [17/5162](#)). Nach Angaben der Fraktion habe die Landesregierung im Bundesrat einen Antrag zur Änderung des Gesetzes eingebracht. Begründung: Die „voranschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt“ erfordere flexiblere Arbeitszeiten. Gewerkschaften betonten jedoch, die Belastungsgrenze sei bereits jetzt für viele Menschen erreicht, heißt es im SPD-Antrag. [Josef Neumann](#) (SPD) kritisierte, dass es laut der Bundesratsin-

itiative zufolge möglich sei, Beschäftigten eine wöchentliche statt eine tägliche Höchstarbeitszeit vorzuschreiben und Mindestruhezeiten für sie zu verkürzen – daher schalte die SPD auf „Alarmstufe Rot“. Der geltende gesetzliche Rahmen sei „flexibel genug“. Geforderte Änderungen kämen vor allem Arbeitgebern zugute. [Marco Schmitz](#) (CDU) warf seinem Vorredner vor, er entwerfe ein Bild von „geknechteten Arbeitnehmern“. Bei der Bundesratsinitiative gehe es nicht darum, etwa im Schichtdienst die Ruhezeiten zu verkürzen, sondern auf Änderungen einer digitalen Arbeitswelt zu reagieren. Es müsse u. a. möglich sein, abends E-Mails daheim abzurufen und dies als Arbeitszeit anrechnen zu lassen. „Was nützt mir die Digitalisierung im Pflegeheim?“, fragte [Mehrdad Mostofizadeh](#) (Grüne). Die Arbeit müssten immer noch die Menschen machen. Schon wegen der Vertretung kranker Kollegen könnten Ruhezeiten nicht eingehalten werden. Zudem sei belegt, dass das Unfallrisiko nach 9 Stunden signifikant ansteige – danach sei ein Weiterarbeiten unverantwortlich. [Stefan Lenzen](#) (FDP) warf der SPD ein Denkverbot gegenüber Modernisierung und Flexibilisierung im Arbeitsrecht vor. „Wir brauchen mehr Möglichkeiten für die Menschen, selbstbestimmt zu arbeiten“ und Arbeitszeit und -ort zu variieren. Abends nachzuarbeiten, um nachmittags Zeit für die Familie zu haben, sei heute wegen der Ruhezeitregel illegal. [Dr. Martin Vincenz](#) (AfD) warf der SPD-Fraktion „Angstmacherei“ vor. Sie bringe die Menschen gegen die Arbeitgeber in Stellung. Angesichts von 2,1 Milliarden geleisteten Überstunden 2018 müsse festgestellt werden, dass der Arbeitsschutz nicht mehr funktioniere. Es finde auch keine Kontrolle statt. Das Arbeitszeitgesetz müsse angepasst werden. Sozialminister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU) verwies darauf, dass das Arbeitszeitgesetz 25 Jahre alt sei. Seitdem habe sich viel verändert. Grundgedanke der Bundesratsinitiative sei, dass der Bundestag nicht mehr mit einem Gesetz den Bedürfnissen aller Branchen gerecht werden könne. Auch bei einer Flexibilisierung gelte auf jeden Fall die europäische Arbeitszeitrichtlinie.

Strukturwandel im Rheinischen Revier

13. Februar 2019 – Die Stromgewinnung aus Kohle soll bis spätestens 2038 in Deutschland beendet werden. Dies empfiehlt eine Kommission, die von der Bundesregierung eingesetzt worden war. Das Rheinische Braunkohlerevier steht damit vor einem Strukturwandel. Was der Kohleausstieg für die Region bedeutet, dazu äußerten sich Sachverständige in einer umfangreichen Anhörung.

Rund 40 Expertinnen und Experten u. a. von Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und Kommunen waren auf Einladung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung sowie des Verkehrsausschusses in den Plenarsaal des Landtags gekommen. Über mehrere Stunden standen sie den Abgeordneten Rede und Antwort und konnten zuvor auch schriftliche Stellungnahmen einreichen. Der Anhörung lagen Anträge von allen fünf Fraktionen zugrunde (siehe Kasten).

Der Energieversorger und Kraftwerksbetreiber RWE Power AG nannte die Empfehlungen der Kohlekommission zur Stilllegung von Kraftwerken „sehr ambitioniert“, zumal Deutschland bis Ende 2022 aus der Kernenergie aussteige. Studien zeigten, dass es bei einem vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung „zu einem deutlichen Strompreisanstieg kommen

kann, der die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erheblich belasten könnte“, heißt es in einer Stellungnahme des Konzerns. Es sei daher folgerichtig, dass es ein Monitoring mit den „Haltepunkten“ 2023, 2026, 2029 und 2032 geben solle, das auch die Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beinhalte.

Forderung nach Moratorium

Die RWE Power AG betonte, dass die bereits laufenden Umsiedlungen für den Braunkohleabbau im Rheinischen Revier „planmäßig und vollständig“ zu Ende geführt werden müssten. „Das gilt auch für die laufende Umsiedlung im Tagebauvorfeld Garzweiler, da die Kohle schon in den 2020er-Jahren benötigt wird.“

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in NRW sprach sich hingegen für einen „sofortigen Stopp“ der Umsiedlungen aus. Die Landesregierung müsse einen Kabinettschluss für eine neue Leitentscheidung zur Braunkohlepolitik fassen und mit RWE ein Moratorium vereinbaren, „welches das Schaffen irreversibler Fakten ausschließt“.

In der Stellungnahme des BUND-Landesverbandes heißt es: „Aus der geplanten Abschaltung von 3,1 Gigawatt an Kraftwerksleistung bis 2022 und dem damit verbundenen

Kohle-Minderbedarf ergibt sich zwingend, dass sowohl der Hambacher Wald als auch die Dörfer Kerpen-Manheim, Merzenich-Morschenich, Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath vom Tagebau ausgespart werden können und folglich ausgespart werden müssen.“

Der Landesverband Erneuerbare Energien NRW (LEE NRW) forderte einen kontinuierlichen Ausbau von Windkraft im Binnenland und Sonnenergie von jährlich 4 bis 5 Gigawatt, um das Ziel der Bundesregierung zu realisieren, einen Anteil der Erneuerbaren Energien von 65 Prozent am Stromverbrauch bis 2030 zu erreichen. Dies sei „angesichts dramatisch einbrechender Ausbauzahlen bei der Windkraft und weiterer geplanter Restriktionen (erhöhte Abstandsvorgaben, Aufhebung der Privilegierung im Außenbereich)“ nur möglich, wenn es einen Kurswechsel „zu einem gewollten Ausbau der Erneuerbaren Energien“ komme.

Für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg (WFG) fällt die Bewertung des Kommissionsberichts zum Kohleausstieg „zwiespalten“ aus. So seien einerseits die „gravierenden Probleme der Umsiedler und Menschen, die am Tagebaurand Garzweiler II leben“, nicht ausreichend gewürdigt worden. Dies habe zur Folge, dass konkrete Planungen für die Zukunft dieser Betroffenen immer noch nicht möglich seien.

– Was kommt nach der Braunkohle?

Andererseits bietet der Kompromiss „auch eine Chance für eine zukunftsorientierte regionale Wirtschafts-, Struktur- und Infrastrukturentwicklung (...) – und damit für Wachstum und Beschäftigung in der Region“. Die Gesellschaft fordert: „Es muss jetzt darauf ankommen, dass eine rasche Umsetzung in Gesetzgebung und Vertragswerke erfolgt, um Rechtsverbindlichkeit zu schaffen und klare Entwicklungsperspektiven. Dies ist entscheidend für die Menschen vor Ort, ebenso aber auch für Investitionsentscheidungen von Unternehmen.“

Der Landrat des Rhein-Erft-Kreises, Michael Kreuzberg, warnte vor einem „wesentlichen Arbeitsplatzabbau“ in der Region. Betroffen sein könnten rund 3.900 direkt Beschäftigte sowie weitere mittelbar betroffene Arbeitsplätze. Er forderte: „Dies abzufedern bedarf dringend zusätzlicher Anreize für Firmenneusiedlungen. Nur so kann gewährleistet werden, dass das Rheinische Revier weiterhin ein attraktiver Standort für alle Beteiligten bleibt.“

Kreuzberg mahnte zugleich, dass die Kommunen für die Unternehmensansiedlung und die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze ausreichend Gewerbeflächen benötigen. Er forderte ein Vorkaufsrecht der Städte und Gemeinden für die von RWE nicht mehr benötigten Flächen „zu den marktüblichen Preisen“. Zudem sei ein Sonderverkehrswegeplan „unbedingt notwendig“. Kreuzberg: „Ein Szenario, welches nicht eintreten darf, ist, dass der Strukturwandel wegen fehlender Infrastruktur verzögert oder gar negativ beeinflusst wird.“

Der Landrat des Rhein-Kreises Neuss, Hans-Jürgen Petrauschke, verwies darauf, dass die Wirtschaft im Rheinischen Revier und im Rhein-Kreis Neuss stark von energieerzeugenden und energieintensiven Unternehmen geprägt sei.

Rund 93.000 Menschen im Revier seien in energieintensiv produzierenden Unternehmen tätig. Daher sei es unabdingbar, dass bei der Umsetzung der Beschlüsse der Kohlekommission einer „dauerhaft verfügbaren und sicheren Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen eine hohe Priorität eingeräumt wird“.

Petrauschke betonte: „Der Rhein-Kreis Neuss erwartet von der Bundes- und Landesregierung, dass die zur Gewährleistung der zukünftigen Versorgungssicherheit vorgesehenen Maßnahmen zeitnah und konsequent umgesetzt werden.“ Sollte sich zu den geplanten Monitoring-Terminen zeigen, dass Maßnahmen nicht oder nur unzureichend griffen, müsse nachgesteuert werden. „Dies bedeutet auch, dass entsprechende Kraftwerkskapazitäten erhalten bleiben müssen, damit eine Nachsteuerung auch möglich ist.“

Vermittlung und Qualifizierung

Nach Angaben der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit sind in der nordrhein-westfälischen Braunkohlewirtschaft zwischen 9.000 und 10.000 Menschen beschäftigt. Die Regionaldirektion kündigte an, ihre Strukturen und Ressourcen im Revier „bedarfsgerecht anzupassen“, um Beratungs-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote flexibel vorzuhalten.

In Zusammenarbeit mit RWE könnten Angebote zu Vermittlung, Weiterbildung und Qualifizierung entwickelt werden. Solche Angebote seien die interne Vermittlung zwischen verschiedenen Standorten der Braunkohleunternehmen, externe Vermittlungen sowie berufliche Weiterbildungen, heißt es in der Stellungnahme weiter.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund NRW mahnte in seiner Stellungnahme, dass die Menschen im Rheinischen Revier „langfristige und

verlässliche Perspektiven“ benötigen. „Ein gerechter Strukturwandel und das Ende der Kohleverstromung müssen Hand in Hand gehen.“ Die Region benötige neue und zusätzliche Arbeitsplätze – und zwar für hoch-, mittel- und niedrigqualifizierte Beschäftigte. Dabei sei darauf zu achten, dass es sich um tarifgebundene Arbeit in mitbestimmten Unternehmen handle.

Mit dem Ausstieg aus der Kohleförderung und -verstromung müsse „ein Einstieg in eine wirtschaftlich zukunftsfähige, sozial sichere und kulturell lebenswerte Region“ möglich sein. „Dies kann nur gelingen, wenn gut bezahlte Arbeitsplätze in dem Maße geschaffen werden, wie sie an anderer Stelle wegfallen. Im Vordergrund stehen hierbei tarifliche und mitbestimmte Arbeitsplätze in allen Wertschöpfungsstufen, insbesondere in der Industrie und im Dienstleistungssektor.“

Das Forschungszentrum Jülich sprach sich dafür aus, die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Rheinischen Revier besser miteinander zu vernetzen. Dafür sei es auch notwendig, die Verkehrsinfrastruktur „spürbar zu verbessern“. Das Zentrum regt die Gründung eines „Koordinierungskreises Innovation durch Wissenschaft“ an. Es unterstützt zudem die Forderung nach Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone, „um bürokratische Hemmnisse abzubauen und freie Bahn für Innovationen zu schaffen.“ *wib/sow*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 3, 10 und 11.

Eine Übersicht über alle eingegangenen Stellungnahmen der Anhörung finden Sie unter www.landtag.nrw.de (Parlament & Wahlen -> Ausschüsse & Gremien -> Ausschussübersicht der 17. Wahlperiode -> A18 Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung -> Anhörungen)

Die Anträge

Der Sachverständigenanhörung lagen insgesamt sechs Anträge und ein Entschließungsantrag aller fünf Fraktionen zugrunde.

Die SPD fordert, das Rheinische Revier als Sonderfördergebiet auszuweisen, um mehr Fördermöglichkeiten zu erhalten, und will den Fokus auf präventiven Strukturwandel legen (17/3811). Sie nennt smarte Energie, digitale Infrastruktur sowie spezialisierte Bildung und Forschung als Zukunftsperspektiven (17/4117). Die Landesregierung soll außerdem neue Flächen für Wohnraum-, Gewerbe- und Industrieentwicklung ausweisen (17/4118) und für zahlreiche Verbesserungen im Verkehr sorgen (17/4292).

Die Grünen setzen u. a. auf zentrale Strukturen, die Raumplanung, Flächenmanagement, Wirtschaftsförderung und Verkehrsinfrastruktur für die ganze Region steuern sollen, damit diese zusammenwachsen. Besondere Schwerpunkte im Rheinischen Revier sollen „Autonome Mobilität“ und die „digitale Energiewende“ werden (17/4104).

Anstatt „von oben herab“ vorzuschreiben, was zu tun sei, wollen CDU und FDP laut Antrag die Akteure vor Ort unterstützen (17/4446). Für die Zukunft erachte die „Zukunftagentur Rheinisches Revier“ richtigerweise eine Fokussierung auf Energieforschung,

eine vorausschauende Raumentwicklung und gute Infrastruktur, Innovation und Bildung wie auch eine regionale Bioökonomie für wichtig. Der Bund müsse für ausreichende Finanzierung im Strukturwandel sorgen, so die Koalitionsfraktionen weiter.

Im Entschließungsantrag „Rheinisches Revier stärken und Wachstum generieren – Arbeitsplätze sichern und Versorgungssicherheit gewährleisten“ spricht sich die AfD-Fraktion dafür aus, „allen geforderten, beschleunigten Ausstiegspfaden eine Absage zu erteilen, insbesondere kein festes Ausstiegsdatum zu akzeptieren“ (17/4609).

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier



Der Strukturwandel ist für Menschen und Unternehmen eine Herausforderung, gleichzeitig aber auch eine große Chance, die als gemeinsame kontinuierliche, regionale Gestaltungsaufgabe genutzt werden kann. Strukturbrüche gilt es zu vermeiden. Die Region soll weiterhin Energie- und Industriestandort bleiben; zukunftsfähige innovative Ansätze sind bereits mit Unterstützung der NRW-Koalition erarbeitet und werden nun konsequent umgesetzt.

... kann nun auf Grundlage der Empfehlungen des Berichts der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ geordnet und verlässlich gestaltet werden.

Neue Arbeitsplätze werden im Rahmen der vorhandenen Stärken des Rheinischen Reviers – wie exzellente Wissenscluster, starke Kommunen, innovative Unternehmen sowie geschlossene, industrielle Wertschöpfungsketten – entstehen. Das Rheinische Zukunftsrevier wird durch Innovationskraft und als Modellregion erfolgreich neue Potenziale erschließen.

... werden im Rahmen des Ausstiegspfad nur in ausreichender Zahl und Qualität geschaffen werden, wenn Beschäftigte und ihre Qualifikationen stärker als bisher berücksichtigt und die Landesregierung mit den Akteuren vor Ort eine aktivere Rolle bei der Gestaltung des Strukturwandels übernimmt.

Die Energieversorgung wird einen ambitionierten Transformationsprozess durchlaufen. Dabei muss sie stets sicher und bezahlbar bleiben. Für den Wirtschafts- und Industriestandort NRW ist dies essentiell. Die Revisionsklauseln, die als eine zentrale Forderung der Landesregierung NRW Eingang in den Beschluss der Strukturkommission auf Bundesebene gefunden haben, sind ein entscheidendes Instrument, um dies zu garantieren.

... ist mittelfristig gesichert und wird langfristig sicher, sauber und bezahlbar, wenn Staat, Wissenschaft, Bürger und Unternehmen die Herausforderung der Energiewende ernst nehmen und ihren Beitrag – nicht zuletzt für die nötigen Innovationen und Investitionen – leisten.

Die Menschen im Rheinischen Revier werden auch in Zukunft in einer lebenswerten und starken Region leben und arbeiten. Ihr Engagement für ihre Heimat in den Kommunen, in Vereinen und in Tagebaumfeldinitiativen wird von der NRW-Koalition unterstützt. Auf die Menschen kommt es an, darauf richtet sich das politische Handeln der NRW-Koalition aus.

... werden in dem nun klar vor uns liegenden Strukturwandel in den nächsten 20 Jahren viele neue Perspektiven und Chancen bekommen, wenn es gelingt, sie und die gewählten Vertreter ihrer Kommunen direkt und umfassend einzubinden.



... ist eine große Aufgabe, die mit vereinten Kräften angegangen werden muss. Das Rheinische Revier verdient jede Unterstützung. Wir erwarten vom Bund, dass die Vorschläge der WSBK für die Unterstützung des Strukturwandels zeitnah und ohne Abstriche realisiert werden. Nun geht es darum, die aus der Region selbst entwickelten Projektideen umzusetzen und das Revier als Zukunftsregion aufzustellen.

... können die Region zu einem „Hotspot der Zukunft“ machen. Die ambitionierten Ideen aus der Region bieten das Potenzial für eine starke wirtschaftliche Zukunft – und zwar gerade in den Zukunftsfeldern wie Energie, Mobilität oder Bioökonomie. Dem schmerzhaften Verlust der durch den Kohleausstieg wegfallenden Arbeitsplätze gilt es, mit allen Anstrengungen für neue, attraktive Jobs zu begegnen.

... muss sicher und bezahlbar bleiben. Elementarer Bestandteil des Abschlussberichts der WSBK sind deshalb die Revisionszeitpunkte, an denen die Umsetzbarkeit des Ausstiegpfads jeweils geprüft wird. Das Industrieland Nordrhein-Westfalen ist auf Versorgungssicherheit angewiesen. Wir unterstützen vor allem auch die Vorschläge der Kommission zur Senkung der Stromkosten für die Verbraucher.

... verdienen eine echte Perspektive und die gemeinsame Anstrengung aller Akteure in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Sie wollen und können ihre Zukunft selbst maßgeblich gestalten. Umso wichtiger ist, sie nun im Prozess des Strukturwandels mitzunehmen, ihnen klare und verlässliche Rahmenbedingungen zu geben und damit den Weg des Rheinischen Reviers in eine gute Zukunft zu ebnen.



... muss klare Leitlinien haben. Zwar hat die Landesregierung bisher Einzelprojekte für die Region vorgestellt, für ein Gelingen des Strukturwandels reicht das aber nicht. Wir GRÜNE wollen die Region als Ganzes weiterentwickeln, indem wir sie fit für die digitale Zukunft machen, Kompetenzen bündeln, Infrastruktur neu denken und dabei den Naturschutz nicht vergessen.

... können u. a. im Bereich der Energiewende und Mobilität geschaffen werden. Die Erneuerbaren sind ein größerer Jobmotor als die Braunkohle. Durch Modellprojekte im Bereich der Digitalisierung und der autonomen Elektromobilität, einem nachhaltigen Flächenmanagement und einer vernetzten Wirtschafts- und Forschungsförderung wollen wir die Region zu einem attraktiven Ort für Unternehmen machen.

... muss erneuerbarer und digitaler werden, denn nur so gelingt es, das Klima zu schützen, die Strompreise stabil zu halten und die Energieversorgung sicherzustellen. Helfen soll ein Regionalbüro „Digitale Energiewende“, das von intelligenter Erzeugungs- und Netzsteuerung bis hin zu digitalen Systemen zur Verbrauchsoptimierung tätig wird. Das Ziel ist es, ein klimaneutrales Revier zu schaffen.

... haben Planungssicherheit verdient. Der Ministerpräsident darf sich nicht hinter anderen verstecken und muss in Dialog mit den Betroffenen gehen. Den Erhalt des Hambacher Waldes darf er nicht gegen die Menschen in den Umsiedlungsstandorten ausspielen. Mit dem Kohlekompromiss ist klar, dass weniger Kohle gefördert wird und daher auch die Zukunft der Umsiedlungsstandorte neu diskutiert werden muss.



... im Rheinischen Braunkohlerevier und in der Lausitz ist ein rein ideologisches Projekt, mit dem eine funktionierende, über Jahrzehnte gewachsene Industriekultur mutwillig und ohne Not zerschlagen wird. Die dort beschäftigten Menschen haben kaum Gelegenheit, sich dem anzupassen und adäquate Alternativen zu finden, die ihrer Ausbildung und ihrem Berufsbild entsprechen. Wir müssen uns für deren Interessen einsetzen.

... entstehen zu lassen ist im Sinne einer funktionierenden Volkswirtschaft selbstverständliche Aufgabe der Politik. Mit dem übereilten und wenig durchdachten Ausstieg, wie er nun vorgenommen werden soll, werden bestehende Arbeitsplätze jedoch vorsätzlich abgebaut. Das ist volkswirtschaftlich – wie auch menschlich – nicht vertretbar und birgt unkalkulierte Risiken für die Zukunft unseres Landes.

... muss jederzeit absolut zuverlässig gesichert sein als Grundlage des Funktionierens des privaten, gewerblichen und öffentlichen Lebens und damit unseres Wohlstands: Wir alle leben davon, dass in energieintensiven Wertschöpfungsprozessen Leistungen erzeugt werden. Dies wird nun riskiert zugunsten einer ideologisch motivierten Deindustrialisierung – mit unabsehbaren Folgen in allen Bereichen.

... haben deutliche Anerkennung für ihre harte Arbeit verdient und keine Missachtung. Wir dürfen daher nicht zulassen, dass die im Wesentlichen aus fachfremden Organisationen, wie z.B. Ökoverbänden, Klima-NGOs, Bürgerinitiativen und Kleinstwählergruppen bestehenden Vertreter der Kohlekommission, auf deren Kosten über das Schicksal der deutschen Energieversorgung entscheiden.

„Wir sagen: Schaut euch das

Februar 2019 - Die Bürgerinitiative Pulse of Europe wirbt für den Zusammenhalt in Europa und eine hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 26. Mai 2019. Der Jurist Daniel Röder hat die Initiative mitgegründet und spricht im Interview über Siebenmeilenstiefel, proeuropäische Aktionen und die Pädagogik des sanften Rohrstocks. Mit dem Gespräch eröffnet die Redaktion eine neue Themenserie zur Europawahl.

Herr Röder, geben Sie Ihre Stimme ab bei der Europawahl?

Selbstverständlich. Wir versuchen ja mit allen Bemühungen von Pulse of Europe, die Wahlbeteiligung zu steigern. Da wäre es geradezu grotesk, wenn ich selbst nicht wählen ginge.



Die Wahlbeteiligung lag europaweit zuletzt bei rund 43 Prozent. Wie ist Ihre Prognose für die Wahl im Mai?

Ich denke, die Wahlbeteiligung wird steigen. Einerseits wird es Nationalisten, die das bestehende EU-System umstürzen wollen, vermutlich gelingen, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Aber auch proeuropäische Organisationen wie wir können Potenziale heben. Dabei kommt es nicht nur auf Deutschland an. In Mitgliedstaaten der Europäischen Union gab es zuletzt signifikante Unterschiede bei der Wahlbeteiligung. In einigen osteuropäischen Ländern lag sie bei nur rund 15 Prozent. Hier und auch in vielen anderen Staaten stellt sich die Frage, ob wir Wählerinnen und Wähler erreichen, die zuvor nicht abgestimmt haben.

Wie bewerten Sie den Stellenwert der Europawahl?

Meiner Meinung nach steht die wichtigste Wahl fürs europäische Parlament überhaupt an, weil wir uns in einer Umbruchphase befinden. Jahrelang war es Konsens, an einem vereinten Europa mitzuwirken. Jetzt aber besteht die Gefahr, dass diejenigen, die die europäische Union zerstören wollen, mit einem signifikanten Proporz ins Parlament einziehen. Deswegen wollen wir dafür sorgen, dass die Wahlbeteiligung hoch ist – in der Erwartung, dass viele ihr Votum für proeuropäische Parteien geben.

Sie haben Pulse of Europe als überparteiliche und unabhängige Initiative mitgegründet. Was hat den Anstoß dazu gegeben?

Unmittelbare Auslöser waren das Brexit-Referendum und die Wahl von Donald Trump. Zwei einschneidende Ereignisse, mit denen Prinzipien, die lange als unumstößlich galten, infrage gestellt wurden. Dass Großbritannien aus der Europäischen Union austritt, ist ein politisches Erdbeben. Es rüttelt an unseren Grundfesten. Unser Impuls damals war: Jetzt müssen wir

was tun. Wir hatten zudem die Wahlen in den Niederlanden und in Frankreich vor Augen. Wenn Marine le Pen in Frankreich im Mai 2017 die Wahl gewonnen hätte, wäre Europa noch weiter auseinandergedriftet. Sie hatte angekündigt, über den Frexit abstimmen zu lassen, also den Austritt Frankreichs aus der Europäischen Union. Daher haben wir gesagt:

Wir müssen aus unserer Komfortzone raus und sichtbar für unsere Werte und für das vereinte Europa eintreten.

„Potenzial für die Demokratie“

Die Ziele von Pulse of Europe finden sich in einem Zehn-Punkte-Programm wieder. Worum geht es genau?

Unsere Ausgangsthese ist, dass die Europäische Union nur funktionieren kann, wenn es eine breite europäische Zivilgesellschaft gibt. Im Moment verstehen sich nur wenige Menschen als echte Unionsbürger und Europäer, nicht nur im kontinentalen Sinne. Wir wollen daher die europäische Zivilgesellschaft stärken und den Blick über die Grenzen hinweg schärfen. Wir beobachten, dass Menschen im Prinzip das Grundgesetz und die Verträge der EU für gut heißen und trotzdem sukzessive zu deren Kritikern werden. Deswegen machen wir die Bodenarbeit und wollen die schweigende Mehrheit wachrütteln: also diejenigen, die im Hintergrund bleiben, obwohl sie die Ressourcen dazu haben, sich zu engagieren. Sich einzusetzen, darin steckt das größte Potenzial für die Demokratie. Das ist das Rückgrat. Aber wenn es lahm wird, gelingt es am Ende womöglich Minderheiten, das Ruder rumzureißen.

Sie wollen also bei Bürgerinnen und Bürgern das Bewusstsein schärfen, dass europäische Politik sie angeht? Natürlich. Und wir wollen eine Plattform für einen Diskurs sein. Wir sind ganz und gar nicht der Meinung, dass die EU in ihrer jetzigen Verfasstheit fertig wäre. Sie zu gestalten, ist ein Prozess, der lange nicht zuende ist. Wir befinden uns aktuell aber leider in einer Blockadesituation. Mitglieder der Europäischen Union haben in der Vergangenheit optimistische Schönwet-

terverträge geschlossen, deren Kleid nicht auf Krisen ausgelegt ist. Gerade das Einstimmigkeitsprinzip, nach dem die Mitgliedstaaten Beschlüsse fassen müssen, stellt eine Blockade für entscheidende Reformschritte dar. Es gibt noch weitere Punkte, über die man sprechen kann. Dazu müssen wir einen breiten Dialog führen und dürfen das Feld nicht den Zerstörungswütigen überlassen.

Eine Kritik an Pulse of Europe zielt darauf, dass es eine starke Bewegung sei, aber zu unkonkret bleibt in ihren Forderungen. Was meinen Sie?

Die einen sagen: Wenn ihr nicht konkrete politische Forderungen formuliert, seid ihr bald tot. Die anderen sagen: Wenn ihr es macht, zerreißt es euch. Letztlich rührt die Kritik aus meiner Sicht daher, dass wir mit unserer offenen Herangehensweise für manche, die in klassischen Schubladen denken, nicht greifbar sind. Wir sehen uns als Debattenplattform, um einen Dialog zu ermöglichen. Zudem haben wir eine Rohrstockfunktion, um Parteien daran zu erinnern, europäisch zu denken und das positive Bewusstsein für die EU zu wecken, vielleicht auch wiederzuerwecken. Leider ist es in den letzten Jahren erkaltet. Von der Nachkriegszeit über die Einführung des Euro bis zur EU-Osterweiterung gab es eine große Euphorie. Nach der Siebenmeilenstiefelentwicklung ist aber eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Die Leute verlieren den Blick aufs Ganze und gucken auf Fußnoten statt auf die positiven Errungenschaften der europäischen Einigung wie die Friedens- und Wohlstandssicherung. Natürlich gibt es auch Geburtsfehler, die man angehen muss. Aber wir sagen eben: Schaut euch das große Ganze an, das ist eine Errungenschaft.

Wie ist die Resonanz auf Pulse of Europe in Nordrhein-Westfalen?

Sehr gut. Alle Städte von Münster bis Bonn machen tolle Arbeit. Ein Schwerpunkt liegt in Köln, auch Düsseldorf und Aachen sind sehr aktive Standorte. Und im Ruhrgebiet gibt es viele Gemeinschaftsaktionen. Bei allen Aktionen legen wir Wert darauf, positive Bilder für Europa zu finden: mit Flaggen, Farben, Musik oder speziellen Aktionen. Wir leben ja in einer Welt der Bildsprache. Daher versuchen wir, das abstrakte Europa mit seinen Verträgen, Klauseln, Verord-

große Ganze an“

nungen und Richtlinien in ein einfaches emotionales Bild zu setzen. Das hat noch niemand gemacht. Man setzt sich natürlich der Kritik aus, es sei zu banal. Aber wer mehr Futter für den Intellekt braucht, kann unsere Hausparlamente besuchen, in denen wir über die europäische Politik diskutieren. Oder den europäischen Salon, bei dem wir Literaten einladen. Wir gehen auch an Schulen und bekommen viele Anfragen.

Ist es auch eine Stärke, unabhängig und parteiübergreifend agieren zu können?

Absolut. Bei uns in der Bewegung gibt es Leute, die sind in Parteien, andere nicht. Trotz des weiten Spektrums finden sie Gemeinsamkeiten. Aber wenn wir anfangen mit Positionspapieren, ist klar, dass das Gemeinsame auseinanderdriftet. Dann macht man weiter mit einem kleineren Trupp – und der Schritt zur Parteigründung ist nicht weit. Wir haben diese Debatte intern geführt. Wir würden wohl auch die nötigen Stimmen bekommen, um ins Europaparlament einzuziehen. Aber ich sehe keinen Grund dazu. Es gibt genug Parteien, die Europa nach vorne bringen. Was wir brauchen, ist eine lebendige, aktive und wehrhafte Zivilgesellschaft, die sich nicht alles gefallen lässt, die Position bezieht und nicht gleich sagt: Wenn ich mich ein paar Mal engagiert habe, muss ich gleich ein politisches Amt haben.

Woher nehmen Sie neben dem Beruf die Zeit für Ihr zivilgesellschaftliches Engagement?

Anfangs hat es sich schwer mit meinem Beruf vertragen. Wöchentliche Demos mit Tausenden Menschen zu organisieren, war schon heftig – ging aber. Mein Treiber ist einfach die Erkenntnis, dass ich es mir selbst vorwerfen müsste, wenn ich mich nicht engagierte. Ich glaube, wer die Möglichkeiten, Ressourcen und Freiheiten dazu hat, sollte sich einbringen. Im Laufe der Zeit haben wir bei Pulse of Europe auch organisatorische Strukturen geschaffen, sodass ich meinen Beruf zu 100 Prozent ausübe und mich trotzdem engagieren kann.

Das Interview führte Thomas Becker

Daniel Röder, Jahrgang 1972, hat Pulse of Europa im Jahr 2016 mitgegründet. Er arbeitet als Richter am Hessischen Anwaltsgerichtshof sowie als Rechtsanwalt für die Kanzlei Greenfort, zu deren Gründern er gehört. Im Mai 2018 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Mehr Informationen zum Thema EU unter:
www.what-europe-does-for-me.eu/de/home



Herzen, die für Europa schlagen

Düsseldorf, ein sonniger Tag im Februar. In der Innenstadt versammeln sich rund 150 Menschen, um für ein vereintes Europa zu demonstrieren. Manche schwenken Europaflaggen, andere lassen blaue Luftballons steigen, auf denen die zwölf Sterne der Europäischen Union gedruckt sind. Und vor dem Schlossturm am Burgplatz steht Vanessa Kriele (Foto rechts), Mitglied der Ortsgruppe Düsseldorf von Pulse of Europa, auf dem Hänger eines roten Lastwagens.

Sie hält einen Bilderrahmen in der Hand. „Europawahl“ steht darauf: „Ich gehe wählen!“ Es ist ein Appell: Wahlkampf sei nicht nur eine Sache der Parteien, sondern auch der Bürgerinnen und Bürger, sagt Vanessa Kriele. Die Ortsgruppe habe sich zum Ziel gesetzt, die Wahlbeteiligung in Düsseldorf um fünf Prozent zu steigern. „Düsseldorf + 5“ lautet daher das Motto für die Kundgebung. „Wahlbeteiligung rauf – Euroskepsis runter.“ Das sei auch dringend nötig, sagt Kriele, denn Europa-Skeptiker seien nicht nur in Deutschland auf dem Vormarsch.

Danach ist die Bühne geöffnet für alle, die ihre Meinung kundtun wollen: Eine Britin spricht über die Vorteile der Europäischen Union, für sie ein kostbares „Friedensprojekt“. Eine Holländerin erinnert an die Nachteile im Gesundheitswesen, als die Grenzen in Europa noch geschlossen waren. Und Giovanni Costello, ein italienischer Sänger, singt Klassiker aus seiner Heimat.

Nach gut einer Stunde ertönt ein pulsierender Herzschlag. „Ihr wisst, was das heißt“, sagt ein Aktivist. Der „Puls von Europa“ erklinge. Danach bilden alle, die an der Kundgebung teilnehmen, einen Kreis und stimmen die Europahymne an: Beethovens „Ode an die Freude“. Es ist der Auftakt für die kommenden Monate, wenn die Aktivisten von Pulse of Europe wieder für die Europawahl werben – in Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen und ganz Europa. *tab*



Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Zukunftsperspektiven für vitale Innenstädte

Geht es dem Handel schlecht, geht es auch den Innenstädten schlecht. Das ist aus den Impulsvorträgen bei unserem Werkstattgespräch „Vitale Innenstädte – Perspektiven des Einzelhandels in NRW“ klar geworden. Es ging den Praktikern und den Abgeordneten um die Frage, wie wir Innenstädte beleben können und die Digitalisierung als Chance für den stationären Handel nutzen können.

Die Ladenöffnung an Sonntagen war ein wichtiges Thema der Diskussionsrunde mit über 200 Teilnehmern im Plenarsaal des Landtags.

Das stetige Wachstum des Online-Handels ist grundsätzlich kein Problem für viele Unternehmen, die oft gleichzeitig in den Innenstädten und auch im Internet handeln. In vielen Innenstädten gibt es jedoch einen hohen Leerstand. Um wieder attraktive Innenstädte



Bodo Löttgen spricht vor über 200 Teilnehmern beim Werkstattgespräch der CDU-Fraktion

zu haben, muss diesem Leerstand mit kreativen Ideen entgegengewirkt werden. Den neuen und positiven Trend, dass der Lebensmittelhandel sich als Frequenzbringer und Innenstadt magnet für Innenstadtlagen interessiert, gilt es positiv zu nutzen.

Die NRW-Koalition hat im Haushalt 2019 deshalb Geld für verschiedene Maßnahmen bereitgestellt, die Betreibern dabei helfen sollen. Digitalcoaches beispielsweise können verbindende Elemente zwischen Online- und Offline-Handel auch für kleinere Familienbetriebe aufzeigen.

Die Bilanz der Veranstaltung war eindeutig: Um den stationären Handel in unserem Land zu stärken und damit auch unsere Innenstädte wieder zu beleben, müssen wir auf mehreren Ebenen über Perspektiven nachdenken. Genau das werden wir als CDU-Fraktion weiter in Angriff nehmen.



100 Jahre Frauenwahlrecht – Meilenstein, aber auch Selbstverständlichkeit

Am 19. Januar 1919 durften Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen und gewählt werden. Einen Monat später – am 19. Februar 1919 – hielt mit der SPD-Politikerin Marie Juchacz erstmals eine Frau eine Rede in der Weimarer Nationalversammlung. Zwar war das Frauenwahlrecht vor 100 Jahren ohne Zweifel ein Mei-

lenstein der Geschichte. Es war aber auch schon damals eigentlich eine Selbstverständlichkeit, wie es Juchacz in ihrer Rede selbstbewusst feststellte.

Um unter den vielen schwarz gekleideten Männern in der Nationalversammlung besser sichtbar zu werden, trugen die gewählten Frauen weiße Blusen – in Anlehnung an die weißen Kleider der Suffragetten in den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Damit setzten sie ein starkes Zeichen für ihre politische Repräsentanz. Die SPD-Fraktion im Landtag NRW hat in diesen Tagen an dieses historische Ereignis erinnert.

Die Bilanz nach 100 Jahren fällt allerdings ernüch-

ternd aus: In nordrhein-westfälischen Kreis- und Gemeinderäten sowie Bezirksvertretungen stellen Frauen knapp 30 Prozent der Mandate, in kommunalen Spitzenfunktionen sind Frauen noch weniger vertreten. „Wir müssen Frauen ermutigen, Politik nicht allein den Männern zu überlassen und sich einzumischen!“, sagt die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Anja Butschkau. „Interessen von Frauen werden am besten durch Frauen vertreten.“ Hier muss weiter nachgebessert werden. Es darf nicht noch weitere 100 Jahre dauern, bis sich unsere vielfältige Gesellschaft auch in der politischen Repräsentanz von Frauen widerspiegelt.



Starke Regionen für ein starkes Europa

Wie kann grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter verbessert werden und welche Schritte sind nötig? Zu diesen Fragen hat die FDP-Fraktion einen Europa-Kongress veranstaltet.



„Viele europäische Fragen betreffen NRW ganz besonders“, erklärte FDP-Fraktionsvize Marc Lürbke. Binnenmarkt und Freizügigkeit sichern den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger sowie der exportorientierten Industrie. Zudem ist durch die Lage im Herzen Europas die grenzüberschreitende Kooperation nicht nur Theorie, sondern Alltag für unzählige Menschen. „Wir sprechen nicht darüber, ob wir Europa wollen, sondern darüber, in welche Richtung

Europa sich entwickeln soll. Und darüber, wie wir alltägliche Hindernisse aus der Welt räumen können“, betonte Thomas Nückel, europapolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion.

Wepke Kingma, Botschafter des Königreichs

der Niederlande in Deutschland, und Alexander Miesen, Parlamentspräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, unterstrichen, dass Europa sich um die großen Fragen kümmern müsse – Klimaschutz, Migration, Sicherheit. Dadurch würde zugleich die regionale Politik gestärkt.

Über Forschung und Lehre diskutierten Prof. Hans-Henning von Grünberg (Präsident

der Hochschule Niederrhein), Raphael Jonas (IHK Aachen) und Moritz Körner (Sprecher für Hochschule der FDP-Fraktion). Im Talk mit Tanja Nackmayr (unternehmer nrw), Dr. Joost van den Akker (Regionalminister für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft der Provinz Limburg), Dion Schneider (Beigeordneter der Stadt Kerkrade) und Dietmar Brockes (Vorsitzender des Europaausschusses) ging es um den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt.

Experten und Gäste sehen viele Herausforderungen für Europa, doch noch mehr Chancen, die es zu ergreifen gilt.

Freie Demokraten

Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen **FDP**

Düker und Klocke als Fraktionsvorsitzende bestätigt

Bei ihrer Fraktionsklausur in Köln hat die GRÜNE Fraktion ihren Vorstand turnusgemäß neu gewählt: Die 14 Abgeordneten bestätigten Monika Düker und Arndt Klocke einstimmig als Fraktionsvorsitzende. Gemeinsam führt die Grüne Doppelspitze die Fraktion bereits seit Mai 2017. Auch die weiteren Mitglieder des Vorstands wurden ohne Gegenstimme wiedergewählt.

Monika Düker und Arndt Klocke freuten sich nach ihrer Wiederwahl über das große Vertrauen der Fraktion. „Wir werden im Landtag auch weiterhin für ein gerechtes, ökologisches und weltoffenes Nordrhein-Westfalen kämpfen.“ Ein drängendes Thema sei dabei der anstehende Braunkohleausstieg und der damit verbundene Strukturwandel im Rheinischen Revier. Diesen wollen Düker und Klocke als

Chance begreifen, die Region zum Standort für Zukunftstechnologien wie emissionsfreie Mobilität, Energiespeicher und Erneuerbare zu machen. „Doch auch die Verkehrswende mit einem massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Radverkehrs, die Themen Ar-



tenschutz und Tierschutz, für die die Regierung erschreckend wenig tut, sowie der Einsatz für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und gelingende Integration werden Schwerpunkte unserer Arbeit bleiben“, so die beiden Vorsitzenden.

Die Fraktion wählte außerdem Verena Schäffer erneut zur Parlamentarischen Geschäftsführerin und Josefine Paul zur Fraktionsgeschäftsführerin. Vervollständigt wird der Vorstand durch Mehrdad Mostofizadeh, der als stellvertretender Fraktionssprecher ebenfalls wiedergewählt wurde.

GRÜNE
IM LANDTAG NRW

Schule schwänzen fürs Klima?

Die kindliche Überzeugung, Klima sei etwas, das der Mensch kontrolliert und was er gleich einer Heizung oder einer Lampe regeln könne, wird mittlerweile kaum noch hinterfragt oder auch nur diskutiert. Sondern, einer biblischen Botschaft gleich, beschwörend verbreitet, freudig unterstützt von einer milliarden schweren Klimaindustrie mit ihren ganz eigenen Interessen.

Nun darf ein jeder natürlich glauben, was er mag. Wenn dafür aber Kinder instrumentalisiert werden, muss der vernünftig denkende Mensch jedoch sehr hellhörig werden und jeder verantwortungsvoll handelnde Politiker konkret handeln. Vor allem dann, wenn für eine vermeintlich „klimareine“ Zukunft die der realen Zukunft dienende Bildung in Mitleidenschaft gezogen wird.

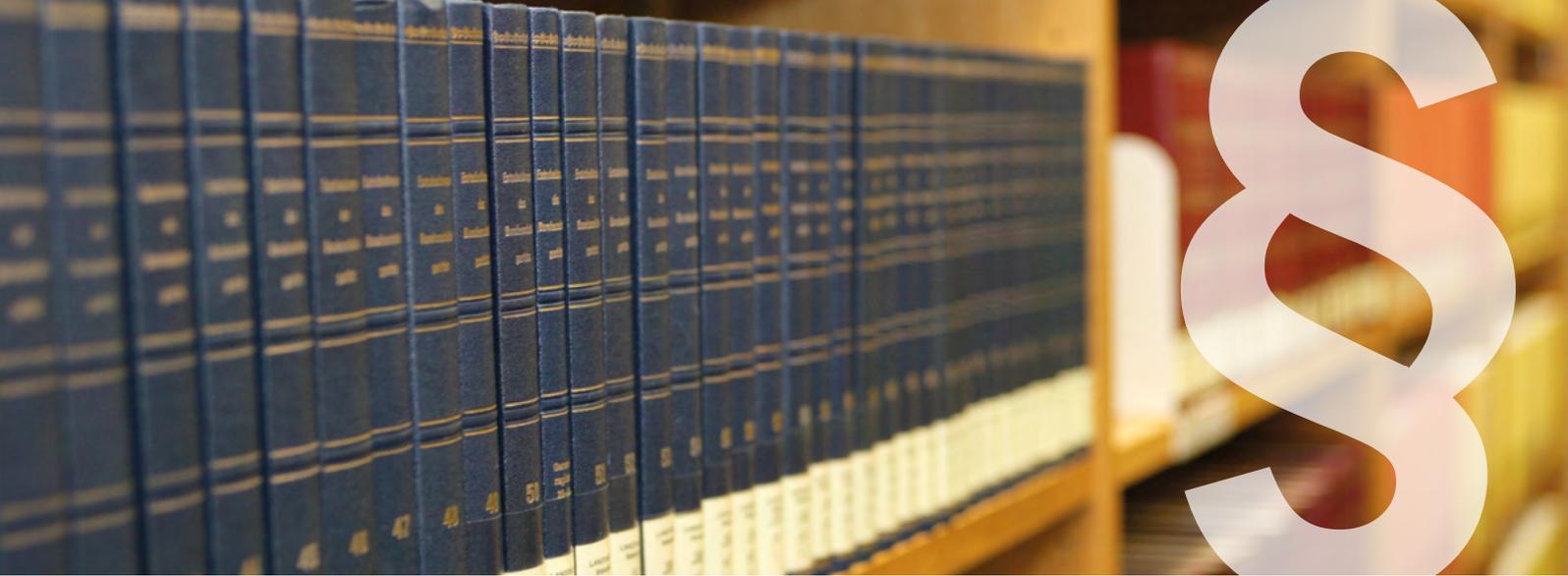
Im Düsseldorfer Landtag ist es vor allem die AfD, die das freitägliche Treiben ungezählter Schüler in NRW mit Sorge erfüllt. Wenn junge Menschen, statt in der Schule zu lernen, vorgestanzte Parolen skandierend regelmäßige Demos ausrichten – mit Billigung, schlimmstenfalls gar aktiver Unterstützung, ihrer Schulleitungen.

Dabei zeigen Interviews und genaueres Nachfragen: Die meisten Jugendlichen wissen gar nicht so genau, wofür bzw. wogegen sie streiken, konkrete Sachzusammenhänge sind ihnen meist unklar. Manch einer genießt einfach den schulfreien Tag und die Freude am gemeinsamen Tun. Doch wäre ganz offensichtlich gerade hier die Vermittlung von Sachwissen dringend nötig gewesen – dann würde das kreative Ausmalen immer neuer Katastrophenszenarien keine surrealen Ängste auslösen, son-

dern ein skeptisches Hinterfragen, idealerweise auf wissenschaftlichen Grundlagen.

Dennoch wird in der öffentlichen Diskussion und in den Medien vielfach Zustimmung für das „klimabedingte“ Schulschwänzen signalisiert. Man freut sich darüber, dass diese Jugendlichen so „engagiert“ sind. Wem die Zukunft unserer Kinder aber wirklich wichtig ist, der versetzt sie nicht in Angst und Schrecken, sondern sorgt dafür, dass sie eine möglichst gute Schulbildung erhalten, damit sie echte Probleme erkennen und bestenfalls auch lösen können.

Landtagsfraktion
AfD NRW



GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz für einen qualitativ sicheren Übergang zu einem reformierten Kinderbildungsgesetz | [17/3773](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 20. Februar 2019 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/4304](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 20. Februar 2019 | angenommen

Gesetz zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfungen im Land Nordrhein-Westfalen | [17/5002](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 20. Februar 2019 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes bei Fixierungen im Justiz- und Maßregelvollzug und bei öffentlich-rechtlichen Unterbringungen in psychiatrischen Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/5011](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 20. Februar 2019 | Überweisung an den Rechtsausschuss

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften | [17/3569](#) und [17/4858](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 21. Februar 2019 | angenommen

Gesetz zur Zustimmung zum Zweiundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zweiundzwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze (17. Rundfunkänderungsgesetz) | [17/4220](#) und [17/5117](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 21. Februar 2019 | angenommen

Drittes Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes | [17/4350](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 21. Februar 2019 | angenommen

Zweites Gesetz zur Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes | [17/4303](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 21. Februar 2019 | angenommen

Gesetz für die Übergangsphase nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union des Landes Nordrhein-Westfalen (Brexit-Übergangsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen – BrexitÜG NRW) | [17/4351](#) und [17/5099](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 21. Februar 2019 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK | [17/4800](#) | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Bergmannsversorgungsgesetzes und des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/4579](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/4781](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Regelung des Kostenausgleichs zum Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (Belastungsausgleichsgesetz G 9 – BAG-G 9) | [17/4832](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes | [17/4668](#) | Landesregierung | Wissenschaftsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | [17/4115](#) | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz über Gleichen Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrbesoldungsgleichstellungsgesetz) | [17/3812](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/3774](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlrechtlicher Vorschriften | [17/3776](#) | Landesregierung | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte) | [17/3801](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes | [17/3777](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen | [17/3005](#) | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016 | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Verbesserung der Transparenz und Staatferne der Landesanstalt für Medien (LfM) Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks in Köln (WDR) | [17/2759](#) | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

„Eine Aufgabe von uns allen“

Parlamentsgespräch zum Kampf gegen Antisemitismus

12. Februar 2019 – Der zunehmende Antisemitismus in Deutschland stand im Mittelpunkt des vierten Parlamentsgesprächs, zu dem der Präsident des Landtags, André Kuper, eingeladen hatte. Es diskutierten u. a. die Beauftragte der Landesregierung gegen Antisemitismus, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, und der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer.

Der Autor Arye Shalicar las Passagen aus seinem Buch „Der neu-deutsche Antisemit – Gehören Juden heute zu Deutschland?“. Darin schildert er eindringlich den „Spießrutenlauf“, den er als Jugendlicher im Berliner Brennpunkt Wedding erlebte. Wie ihm ein Mitschüler sagte, dass „die Juden unsere Feinde“ seien und „alle getötet“ werden müssten.

Und er berichtete, wie ihm dieser Mitschüler die Freundschaft aufkündigte, als er erfuhr, dass der Deutsch-Iraner Shalicar nicht Moslem, sondern Jude ist. Shalicar, der 2001 nach Israel auswanderte und für die israelische Regierung arbeitet, sagte „Das verfolgt mich bis heute.“ Und bis heute werde er täglich bedroht, beispielsweise in Hassmails.

Präsident Kuper betonte zu Beginn der Veranstaltung, dass Antisemitismus kein Thema der Vergangenheit sei. „Es ist nach wie vor ein aktuelles Thema in unserem Land. Damit werden wir uns nicht abfinden. Wenn unsere Demokratie wehrhaft ist, dann ist sie es besonders in diesem Punkt.“

Seit November vergangenen Jahres ist die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Beauftragte gegen Antisemitismus der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Dass 74 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz im Bund und den Bundesländern Beauftragte gegen Antisemitismus benötigt würden, habe sie sich nicht vorstellen können.

Die Beauftragte berichtete aus einer aktuellen Studie, wonach 41 Prozent der Befragten jüdischen Glaubens angegeben hätten, im vergangenen Jahr persönlich Antisemitismus

erlebt zu haben. In 41 Prozent der Fälle seien es Arbeitskollegen, Mitschülerinnen und Mitschüler oder Bekannte gewesen, die Juden ausgegrenzt oder beleidigt hätten. Mehr als 70 Prozent hätten Angst, bedroht zu werden oder in Gefahr zu geraten. Viele überlegten, Deutschland zu verlassen.

Schulen starkmachen

„Es gibt Menschen, die uns Alarmismus vorwerfen. Ich würde mich freuen, wenn sie Recht hätten. Aber sie liegen leider völlig falsch“, mahnte der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer. Er berichtete, wie sich bereits jüdische Kinder und Jugendliche bedroht fühlten. „Wir müssen feststellen, dass der Respekt der Mehrheitsgesellschaft gegen Juden abnimmt.“ Sein größter Wunsch: dass Kinder jüdischen Glaubens in Deutschland in Synagogen gehen könnten, die nicht von der Polizei bewacht werden müssen.

In der engagierten Diskussion, durch die Moderatorin Anne Gesthuysen führte, waren sich Shalicar, Leutheusser-Schnarrenberger und Lehrer einig: Im Kampf gegen Antisemitismus müsse die deutsche Gesellschaft insbesondere bei den Kindern und Jugendlichen ansetzen. Schulen müssten so starkgemacht werden, dass sie Antisemitismus etwas entgegensetzen könnten, mahnte Lehrer.

Und auch Leutheusser-Schnarrenberger zeigte sich überzeugt: „Schule kann viel bewirken.“ Sie richtete zugleich einen Appell an die gesamte deutsche Gesellschaft: Der Kampf ge-



gen den Antisemitismus, gegen dieses „schleichende Gift“, sei „eine Aufgabe für uns alle“. Und sie erinnerte an Artikel 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Kein Mensch dürfe ausgegrenzt oder diffamiert werden. *wib*

Der Präsident des Landtags, André Kuper, lädt seit Frühjahr 2018 regelmäßig zu Parlamentsgesprächen ein, bei denen Expertinnen und Experten über wichtige gesellschaftliche Fragen debattieren. Das Gespräch zum Antisemitismus war das mittlerweile vierte. Zuvor war es um die „Zukunft des Föderalismus“, „Medien und Demokratie“ und die „Zukunft der Europäischen Union“ gegangen. Die Gespräche sind öffentlich, der Eintritt ist frei. Weitere Informationen zu den Parlamentsgesprächen unter [www.landtag.nrw.de/Aktuelles & Presse/Parlamentsgespräch](http://www.landtag.nrw.de/Aktuelles&Presse/Parlamentsgesprach).

Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), konnte (v.l.) Moderatorin Anne Gesthuysen, den Autor Arye Shalicar, die Antisemitismus-Beauftragte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Abraham Lehrer, zum Parlamentsgespräch begrüßen. Fotos: Hartmann

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

DER PRÄSIDENT DES LANDTAGS NRW

Parlamentsgespräch





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Zugausfälle und Verspätungen

6.2.2019 – Verspätungen und Zugausfälle im Schienennahverkehr haben den Verkehrsausschuss beschäftigt. Verkehrsminister **Hendrik Wüst** (CDU) verwies auf fehlende Investitionen in die Infrastruktur in den vergangenen Jahren. Dies sei ein „Riesenproblem“. Hinzu komme ein Fachkräftemangel. Vertreter der Verkehrsverbände ergänzten, dass ferner eine Zunahme der Baustellen und die mangelnde Bereitstellung von Fahrzeugen zu Problemen führten. Nach Angaben des Ministeriums lag die Pünktlichkeitsquote von September bis November 2018 bei rund 80,5 Prozent. Die Ausfallquote betrug rund 5,5 Prozent. Auch **Johannes Remmel** (Grüne) verwies auf fehlende Investitionen in die Schieneninfrastruktur. Allein dahinter könnten sich die Unternehmen aber nicht verstecken. Er forderte u. a. eine bessere Information der Fahrgäste. **Klaus Vosssem** (CDU) betonte, die „gravierenden Probleme“ beruhten auf Versäumnissen in der Vergangenheit. Er appellierte an die Unternehmen, nicht gegenseitig Personal abzuwerben, sondern gemeinsam nach Lösungen zu suchen. **Susana dos Santos Herrmann** (SPD) kritisierte den Rückbau von Bahnstrecken in den vergangenen Jahren wegen einer „Kostensenkungsideologie“. Zudem sei die Straße der Schiene vorgezogen worden. **Bodo Middeldorf** (FDP) forderte von Verbänden und Unternehmen keine Aussagen zu Defiziten, sondern kurz- und mittelfristige Maßnahmen, um diese Defizite zu beheben. Der derzeitige Engpass habe auch damit zu tun, dass Planungs- und Genehmigungsverfahren zu langwierig seien. **Nic Peter Vogel** (AfD) bemängelte, dass es bei der Digitalisierung noch keine Fortschritte gebe. Zudem werde teilweise eine veraltete Technik eingesetzt.

Entsorgung von Ölpellets

6.2.2019 – Wie die Verbrennung von Ölpellets im Kohlekraftwerk Gelsenkirchen-Scholven rechtlich zu bewerten ist, war Thema im Um-

weltausschuss. Die mit giftigen Schwermetallen belasteten Ölpellets entstehen bei der Raffinierung von Erdöl. Im Kraftwerk Scholven würden sie seit 1972 mit Steinkohle verfeuert, heißt es in einem Bericht des Umweltministeriums (17/1649). Die Verbrennung der Ölpellets, die aus Raffinerien der Ruhr Oel GmbH – einem Tochterunternehmen des Ölkonzerns BP – stammen, sei rechtmäßig. Dass Ölpellets tonnenweise in einer alten Tongrube bei Hünxe (Kreis Wesel) deponiert wurden, bezeichnet das Ministerium dagegen als illegal. Umweltministerin **Ursula Heinen-Esser** (CDU) kündigte an zu prüfen, welche gesundheitlichen Risiken von den Pellets für die Bevölkerung ausgingen und wie mit Giftstoffen in der Tongrube zu verfahren sei. **André Stinka** (SPD) sagte, die rechtliche Bewertung der Vorgänge sei „hochkomplex“ und werde das Parlament noch lange beschäftigen. **Rainer Deppe** (CDU) forderte, dass die Deponie in Hünxe umfassend untersucht werden müsse. **Norwich Rübe** (Grüne) sagte, dass externe Gutachter klären müssten, wie viele Tonnen Quecksilber nach der Verbrennung im Kraftwerk Scholven auf die Bevölkerung niedergegangen seien. **Markus Diekhoff** (FDP) bemerkte, Bürgerinnen und Bürger in der betroffenen Region seien verängstigt. Es müsse alles dafür getan werden, die Vorkommnisse aufzuklären. **Dr. Christian Blex** (AfD) verwies mit Blick auf Berichte in der ARD-Politiksendung „Monitor“ und anderen Sendungen des öffentlichen-rechtlichen Rundfunks darauf, dass Bürgerinnen und Bürger weniger „Staatsfernsehen“ schauen sollten.

Kampf gegen die Mafia

14.2.2019 – In Nordrhein-Westfalen lebten nach Erkenntnissen der Landesregierung Mitte 2018 insgesamt 122 Mitglieder der italienischen Mafia. Diese Zahl geht aus einem Bericht des Innenministeriums für den Innenausschuss hervor. Die Fraktionen von CDU

und FDP hatten den Bericht angefordert. Am stärksten vertreten sei die Ndrangheta (71), gefolgt von der Cosa Nostra (36), der Camorra (12) und der Sacra Corona Unita aus Apulien (3). Einbezogen in die Statistik seien auch bereits inhaftierte Mafiosi. Zur Bekämpfung Organisierter Kriminalität sei eine grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit wichtig, heißt es weiter. Ein Instrument seien gemeinsame Ermittlungsgruppen („Joint Investigation Teams“). Im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität gewinne zudem die „strafrechtliche Vermögensabschöpfung“ immer größere Bedeutung, so das Landesinnenministerium in seinem Bericht weiter. Im Dezember 2018 sei beim Landeskriminalamt NRW eine „Task Force“ eingerichtet worden, die die Finanzierung von Schwerstkriminalität bekämpfe. Es handle sich um ein bundesweit einmaliges Modell.

Missbrauchsfälle von Lügde

14.2.2019 – Nach Bekanntwerden der schweren Missbrauchsfälle auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe) hat das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration Konsequenzen angekündigt. In einem Bericht an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend heißt es, das Ministerium analysiere, „ob bei der Aufgabenwahrnehmung der Jugendämter in Nordrhein-Westfalen in Sachen Prävention sexualisierter Gewalt und Sicherstellung des Kinderschutzes strukturelle, personelle, organisatorische oder fachliche Defizite“ vorlägen. Dazu würden bereits erste Gespräche mit Expertinnen und Experten geführt. Die Polizei in Lippe hatte Ende Januar mitgeteilt, dass über zehn Jahre lang mindestens 23 Kinder im Alter zwischen 4 und 13 Jahren auf einem Campingplatz in Lügde sexuell schwer missbraucht worden waren. Mittlerweile sind weitere Fälle bekannt geworden. Die Ermittler nahmen drei Tatverdächtige fest.

Porträt: Josef Hovenjürgen (CDU)



Josef Hovenjürgen hat es geschafft. Der 56-jährige vierfache Familienvater hat nahezu lautlos die Kommandobrücke der Parteizentrale der nordrhein-westfälischen CDU in Düsseldorf übernommen. Der Generalsekretär kann auch austeilen und ist ein Freund deutlicher Worte. Zurzeit aber ist das nicht erforderlich. Die CDU stellt derzeit die stärkste Regierungsfraktion und die Opposition sei eher mit sich selbst beschäftigt. Er muss den politischen Gegner also nicht täglich herausfordern.

Schon als 15-Jähriger musste Hovenjürgen Verantwortung übernehmen, nachdem sein Vater, der sich ebenfalls für die CDU engagiert hatte, gestorben war und der Sohn den elterlichen Bauernhof übernahm. Der Ausbildung zum Landwirt folgte eine Ausbildung zum Gesundheitsaufseher.

Mit 19 trat er in die CDU ein und arbeitete von da an in der Union auf fast allen Ebenen in seiner Heimatstadt Haltern am See. „Ich habe die Kärnerarbeit von unten bis oben gelernt“, erinnert sich Hovenjürgen. Kreisvorstand, Bezirksvorstand und Landesvorstand: Das waren nur einige Stationen seiner politischen Laufbahn. 1999 zog er dann erstmals als Abgeordneter in den nordrhein-westfälischen Landtag ein.

Nach zehn Monaten war aber dann schon wieder Schluss. Bei der Landtagswahl im Jahr 2000 reichte es nicht für den Wiedereinzug. Im November 2002 rückte er für den seinerzeitigen Generalsekretär der Bundes-CDU, Laurenz Meyer, nach, der in den Bundestag einzog.

2005 sei für ihn ein entscheidendes Jahr gewesen, sagt Josef Hovenjürgen. In dem Jahr gelang es der CDU unter ihrem damaligen Vorsitzenden Jürgen Rüttgers nach sehr langer Zeit, bei der Landtagswahl die Regierungsmehrheit der Sozialdemokraten zu kippen. Mit beachtlichen 41,2 Prozent der Erststimmen schaffte Hovenjürgen damals den Wiedereinzug in das Landespar-

lament. Jürgen Rüttgers wurde auf das Politalltag aufmerksam, das sich in seiner Heimatstadt Haltern auf eine solide Basis stützen konnte.

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Josef Hovenjürgen von der CDU-Fraktion. Der 56-Jährige aus Haltern am See gehört mit einer zweijährigen Unterbrechung dem Landesparlament seit 1999 an. Seit vergangenem Jahr ist er zudem Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU.

lament. Jürgen Rüttgers wurde auf das Politalltag aufmerksam, das sich in seiner Heimatstadt Haltern auf eine solide Basis stützen konnte.

Als Abgeordneter musste er jedoch bald erkennen, dass Rüttgers ein straffes Regiment führte. Widerspruch sei bei diesem Ministerpräsidenten schwierig gewesen, erinnert sich Hovenjürgen. In der Auseinandersetzung über Kindertagesstätten und Elternbeiträge habe Rüttgers es damals versäumt, mit den kommunalen Spitzenverbänden Einvernehmen darüber herzustellen, wie die klammen Gemeinden die Last tragen könnten, ohne den Eltern sehr hohe Beiträge aufbürden zu müssen.

Hovenjürgen ließ sich nicht beirren. Für ihn habe damals gegolten: „Ich bin gewählter, nicht ernannter Abgeordneter.“ Die Niederlage der Regierung Rüttgers im Jahr 2010 sei dann sozusagen hausgemacht gewesen, bedauert der CDU-Generalsekretär. Heute sei er stolz darauf, „dass wir ein anderes Miteinander mit der kommunalen Familie haben“.

Mittlerweile sei es der nordrhein-westfälischen CDU auch gelungen, eine Trendwende in der öffentlichen Meinung herzustellen. Zu diesem Meinungsumschwung habe auch die relativ schwache Opposition im Landtag beigetragen. Fast schwingt ein wenig Mitleid mit, wenn Hovenjürgen mit Blick auf die schwächelnde SPD sagt, dass eine Demokratie Volksparteien benötige. Die SPD-Landtagsfraktion sei bis heute in zwei Lager geteilt und die Grünen, urteilt Hovenjürgen, seien eine „Klientelpartei der Versorgten und Zufriedenen“.

Als der heutige CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet ihn bat, das Amt des Generalsekretärs zu übernehmen, habe er zunächst um Bedenkzeit gebeten, dann aber zugesagt. „Du kannst Partei, du kannst auf die Leute zugehen“, habe Laschet ihn ermuntert. Inzwischen ist Hovenjürgen froh, dieses schwierige Amt übernommen zu haben. Dabei bleibt er dennoch mit beiden Füßen auf dem Boden, wenn es etwa um Erfolgsmilanzen seiner CDU geht. „Wir sind noch nicht Spitze, wir sind noch nicht die Besten, aber wir kommen voran – Schritt für Schritt“, sagt er. „Die Leute erkennen an, was man tut.“ Dies zu spüren, verursache ein gutes Gefühl.

Den elterlichen Bauernhof in Haltern am See hat Hovenjürgen mittlerweile verpachtet. Pferdeboxen stehen jetzt dort, wo einst Rinder gemästet

und Milchvieh gehalten wurden. In seinem Landtagsbüro erinnern noch etliche Fotos an die Zeit als Landwirt. Der Politiker bezeichnet sich selbst als bodenständig, seine vier erwachsenen Kinder wohnen in Haltern am See in der Nachbarschaft.

Hovenjürgen liebt die gute Küche und kocht gelegentlich selbst. Hierzu passt dann natürlich eine gute Flasche aus seinem Weinkeller. Ab und zu wandert er gerne mit seiner Frau in der Umgebung seiner Heimatstadt. Und wenn der Ausflug etwas ausgedehnter sein soll, steigt er auf sein E-Bike und lässt es gemütlich angehen.

Heinz Tutt

Zur Person

Josef Hovenjürgen (56) wurde in Haltern am See geboren und lebt bis heute dort. Der vierfache Familienvater ist seit 1983 Mitglied der CDU und seit Juni 2017 Generalsekretär des Landesverbandes. 18 Jahre lang führte er den mitgliederstarken CDU-Kreisverband Recklinghausen. Mitglied des Landtags ist Hovenjürgen mit einer zweijährigen Unterbrechung seit dem Jahr 1999.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Als Kind aus dem Ruhrgebiet ist „Der Junge muss an die frische Luft“ natürlich ein absolutes Muss. Die Handlung spielt in Recklinghausen, einer Stadt, die in meinem Heimatkreis liegt und die ich seit Jahrzehnten gut kenne.

Welche Musik hören Sie gerne?

Ich bin da auf nichts festgelegt. Ich höre gerne populäre Musik aus allen Bereichen.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Unser Kühlschrank ist immer gut gefüllt. Nicht fehlen dürfen Castello-Blue-Weichkäse und ein guter Weißwein.

Ihr liebstes Reiseziel?

Für mich braucht es keine Fernreisen. Unser NRW ist so vielfältig, dass ich nicht nur gerne hier arbeite, sondern auch gerne hier Urlaub mache – Ostwestfalen, die Eifel, das Rheinland. Schön ist es auch in der Lüneburger Heide oder in anderen Teilen von Niedersachsen.

Kurz notiert

Närrischer Landtag

Mit einem großen Empfang hat der Landtag auch in diesem Jahr wieder das Karnevalsbrauchtum gewürdigt: Präsident André Kuper und das Präsidium begrüßten am 19. Februar 2019 Prinzenpaare, Dreigestirne sowie Prinzessinnen und Prinzen aus ganz Nordrhein-Westfalen zum „Närrischen Landtag“. Zuvor waren im Plenarsaal wieder verdiente Karnevalisten geehrt worden. Weitere Informationen und Bilder zum „Närrischen Landtag“ unter www.landtag.nrw.de.

Bürgerempfang

Rund 50 Bürgerinnen und Bürger haben am 5. Februar 2019 den Landtag besucht und sind mit Parlamentspräsident André Kuper, Vizepräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Oliver Keymis ins Gespräch gekommen. Es war der erste Bürgerempfang, zu dem der Präsident eingeladen hatte. Er sagte: „Die Bürgerempfang sind Foren für den direkten Dialog mit der Landespolitik. Jeder kann kommen und mit den Mitgliedern des Landtagspräsidiums über Demokratie, die Werte des Parlaments und die Aufgaben der Politik sprechen.“ Der nächste Bürgerempfang findet am Mittwoch, 15. Mai 2019, um 17 Uhr statt. Anmeldungen per E-Mail: buergerempfang@landtag.nrw.de oder per Post: Landtag Nordrhein-Westfalen, „Bürgerempfang“, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf.

„Präsidium vor Ort“

Das Präsidium des Landtags hat am 31. Januar 2019 die Stadt Dortmund besucht. Oberbürgermeister Ullrich Sierau empfing den Präsidenten des Landtags, André Kuper, die Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie Vizepräsident Oliver Keymis im Rathaus der Stadt. Dort trugen sie sich ins Goldene Buch ein. Zum Abschluss der eintägigen Informationsfahrt „Präsidium vor Ort“ würdigte das Präsidium bei einem Empfang ehrenamtlich Tätige der Stadt. Rund 60 Vertreterinnen und Vertreter von Hilfsdiensten, Vereinen und Initiativen waren dazu ins Rathaus gekommen.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 26. März 2019.

Gestorben

- 22.1. **Manfred Bruckschen** (SPD/80)
MdL 1990-2000
- 16.2. **Gerd Schulte** (CDU/75)
MdL 2002-2005

Besuch aus Wien

Der Präsident des Landtags, André Kuper (r.), hat am 12. Februar 2019 seinen Amtskollegen aus dem österreichischen Parlament, Wolfgang Sobotka, empfangen. Der Nationalratspräsident tauschte sich mit Präsident Kuper, den Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie Vizepräsident Oliver Keymis über die Planungen für ein Haus der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen aus. Sobotka besichtigte auch das „Haus der Parlamentsgeschichte“ in der Villa Horion. Es zeigt mehr als 70 Jahre nordrhein-westfälische Landtags- und Landesgeschichte – von der Geburtsstunde des Bundeslandes im Jahr 1946 bis in die Gegenwart.

Foto: Schälte

